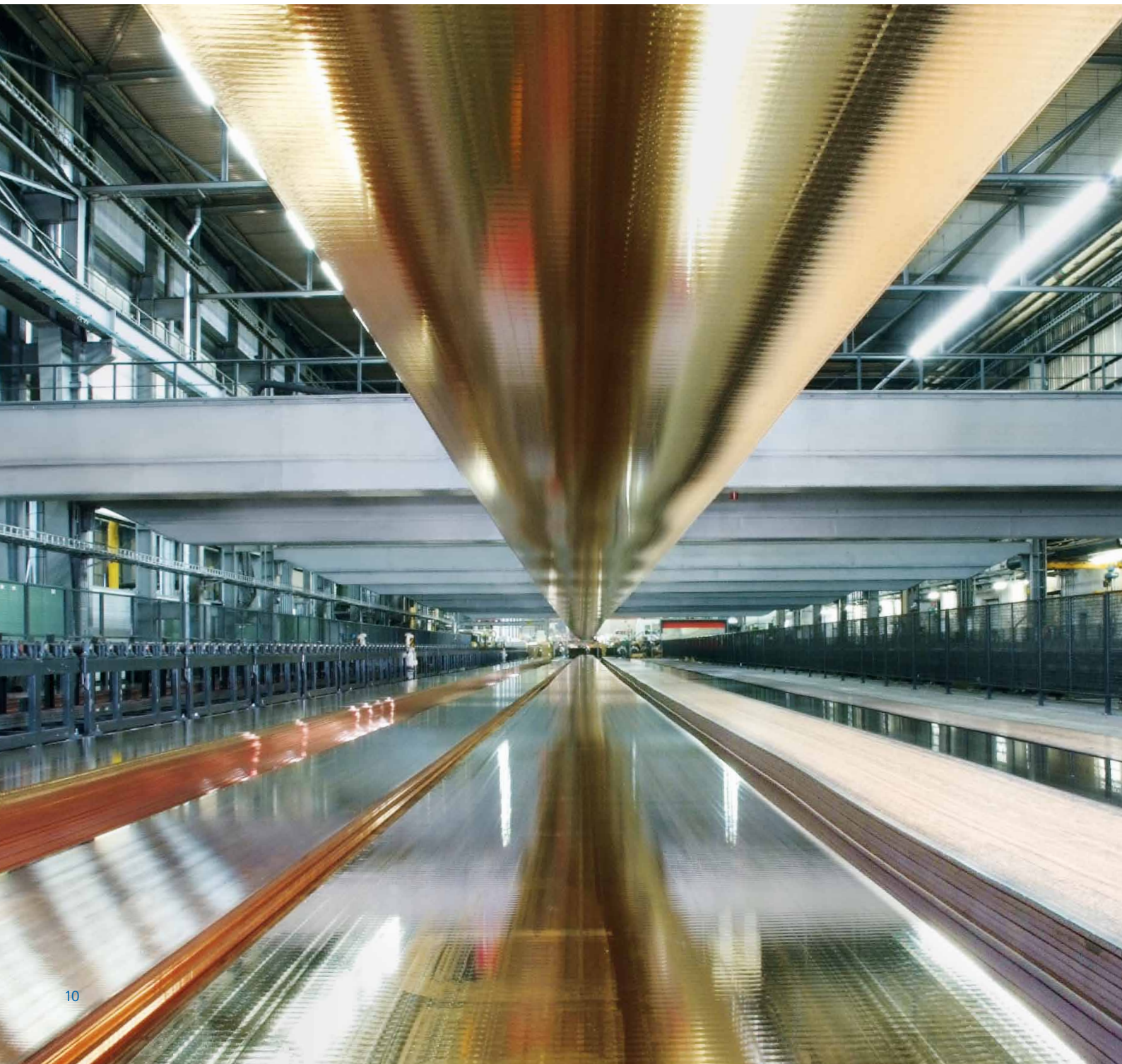


Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Metalle

INDUSTRIE 2030

EINE AUFGABE FÜR UNSERE GESELLSCHAFT



Von Weltwirtschaft und Globalisierung sprechen wir schon lange, und dennoch sind viele Menschen von den damit verbundenen Realitäten überrascht. Vertrauen und Führung sind gefragt, aber auch eigenes Engagement.

Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise und das Reaktorunglück von Fukushima haben Deutschland, Europa und die Welt verändert. Wie stark diese Veränderungen sind, wird erst mit wachsendem zeitlichen Abstand deutlich. Die Herausforderungen sind prägnanter, das Tempo der Veränderungen höher. Die politischen Paradigmen ändern sich quasi mit Lichtgeschwindigkeit. Gleichzeitig reden wir nicht nur über Globalisierung, wir leben sie im Tagesgeschäft.

GLOBALISIERUNG 3.0

In den Informations- und Kommunikationstechnologien werden Quantensprünge mit Versionsnummern bezeichnet. Die Globalisierung der Weltwirtschaft trägt nach der Krise die Versionsnummer 3.0. Es geht nicht mehr um kurzfristige Kostenvorteile und Absatzmärkte. Wir stehen mitten im globalen Kampf um die Verteilung von Zukunftschancen. Leider wird dieser Kampf nicht überall mit friedlichen oder mit fairen Mitteln ausgetragen.

Die Frage nach dem Standort Deutschland hat seit den jüngsten Krisen zwei Seiten. Wir fragen uns, ob unsere Standortbedingungen der neuen Globalisierungsdynamik angemessen sind und welche Rolle wir in der globalisierten Welt politisch und ökonomisch in den kommenden Jahrzehnten besetzen wollen.

Deutschland hat in einem gemeinsamen gesellschaftspolitischen Kraftakt gut und besser als andere aus der Wirtschaftskrise herausgefunden. Diejenigen, die jetzt von einem „XXL-Aufschwung“ sprechen, sollten wissen, dass ein guter Start noch kein Sieg ist. Wer über Deutschlands Zukunft nachdenkt, muss berücksichtigen, dass wir uns grundlegend von etwa vier Fünfteln der Welt unterscheiden. Anders als Entwicklungs- und Schwellenländer starten wir nicht zu einer Aufholjagd, sondern tragen auch im

eigenen Interesse zur Verkürzung von Abständen bei – durch den Export von Waren und Dienstleistungen, durch Know-how sowie durch Stabilität nach innen und Fairness nach außen. Deutschland besetzt damit eine exklusive Rolle in der Globalisierung 3.0. Aber sie kann verloren gehen, wenn wir nicht weiter hart, konstruktiv und gemeinsam an der Wettbewerbsfähigkeit unserer modernen Industriegesellschaft arbeiten. Unabdingbar sind Qualifikation, Innovation, Reform- und Veränderungsbereitschaft, politische Rahmenbedingungen sowie gesellschaftlicher Konsens auf einer gemeinsamen Wertebasis. Diese Voraussetzungen sind nicht einfach gegeben, sondern es gilt, sie sich immer wieder zu erarbeiten.

Erfolg setzt dabei voraus, dass wir uns klar sind, mit welchen Voraussetzungen, Fähigkeiten und Vorstellungen wir die Zukunft bewältigen wollen. Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland beruht bekanntlich zu einem großen Teil auf dem Export. In unseren erfolgreichen Exportgütern sind in hohem Maße zuvor importierte Rohstoffe und Halbfertigwaren. Export ist eben doch keine Einbahnstraße, sondern setzt u. a. Investitionen in moderne Produktionsanlagen voraus.

Globaler Warenaustausch verändert die Welt. Mit rasantem Tempo ist der Wettbewerb der Regionen und Staaten in Bewegung. China ist aufgestiegen zur Nummer 2 der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen und geht seinen Weg in einem kommunistisch gelenkten System mit vielen Elementen des Kapitalismus auf Basis der fordernden Fünf-Jahres-Pläne Schritt für Schritt weiter. Die Erschließung heimischer und fremder Rohstoffquellen mit kolonialem Eifer, der Aufbau von Wertschöpfungsketten und die Anhäufung immenser Geldreserven sind nur einige Eckpunkte der heutigen Stärken Chinas, deren Chancen und Risiken bisher noch nicht verlässlich zu bestimmen ist.



NE-Metalle
sind
modernes
Leben

Die Unternehmen der NE-Metallindustrie in Deutschland

geben mit ihren Technologien die Lösungen und Antworten für die globalen Herausforderungen und Megatrends wie Ressourcen- und Energieeffizienz und Klimaschutz.

„Wir brauchen in Deutschland ein dramatisch besseres Wissen von Wirtschaft.“

Richard Gaul

23,5

Prozent Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Deutschland im Jahr 2008



5.063.200 Beschäftigte der Industrie in 2009 im Verarbeitenden Gewerbe

22.716

Betriebe der Industrie in 2009 im Verarbeitenden Gewerbe

LEISTUNGEN

Deutschland ist nach wie vor eine der bedeutendsten Industrienationen der Welt. In den letzten Jahren, vor allen Dingen während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, ist es nur Deutschland gelungen, den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu erhöhen. Während in anderen europäischen Ländern der Anteil der Industrie am BIP seit sieben Jahren permanent zurückgeht und zum Teil deutlich unter der 20-Prozent-Marke liegt, ist der Anteil des industriellen Sektors in Deutschland im Jahr 2007 schon auf über 25 Prozent gestiegen und nähert sich – nach einer Delle im Krisenjahr 2009 – wieder diesem hohen Niveau an.

→

Die politische Führung wird die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu groß werden lassen und Bürgerrechtsfragen sensibel behandeln müssen.

EUROPA RINGT UM SEINE ZUKUNFT

Auf der anderen Seite ringt Europa um innere Stabilität. Die zu Tage getretenen wirtschaftlichen Unterschiede bergen die Gefahr einer Desintegration. Damit sind wichtige Errungenschaften der zurückliegenden Jahrzehnte in konkreter Gefahr. Noch ist unklar, ob die richtigen Instrumente gefunden werden und ob Wille und Konsens bestehen, sie entschlossen anzuwenden, um Stabilität, Wachstum und Wohlstand in Europa zu erhalten.

Für und in Deutschland stellt sich die Frage nach der Zukunft des föderalen Prinzips politischer Entscheidung und Verantwortung. Politik beginnt bei den Bürgern und verwirklicht sich in komplexen Kommunikationsprozessen. Zur Bewältigung der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise waren Schnelligkeit und Entschlusskraft wichtige Schlüsselfaktoren. Wenn der Bürger die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen nicht erkennt, die Politik ihr Programm in schwierigen Zeiten nicht klar formuliert, dann wird es schwierig mit der Akzeptanz, aber auch mit dem notwendigen Willen der Bürger, sich für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes einzubringen. Globalisierung mit einem hohen Veränderungstempo stellt neue Anforderungen an die Politik, vor allem an die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

In diese schwierige Phase der realen Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise sind nicht nur die politischen Rahmenprozesse und Veränderungen in Nordafrika gefallen, sondern vor allem die Naturkatastrophe in Japan und in dessen Folge der Reaktorunfall in Fukushima. Die spürbare Betroffenheit und Anteilnahme mit dem japanischen Volk wurde in Zeiten von Wahlen beinahe überlagert durch den politische Kurswechsel der Bundesregierung in der Atom- und Energiepolitik. Die Ereignisse in Japan haben vieles verändert und erfordern ein Überdenken und Überprüfen von bisher bekannten und neuen Risiken. Anstelle von politischen Ad hoc-Entscheidungen sind jetzt jedoch Fakten gestützte mittel- und langfristige Konzepte der Energieversorgung gefragt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

POLITIK VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Die Welt dreht sich schneller, es wird immer komplexer und schwieriger, sie in ihren Zusammenhängen zu erklären und zu verstehen. Politik, Industrie und Gesellschaft scheinen zum Teil mit ihrem vorhandenen Instrumentarium darauf unzureichend vorbereitet zu sein. Vom Grundverständnis her ist die Politik immer lokal, gleichgültig, ob man darunter kommunale, Landes- oder Bundespolitik versteht. Demokratie, Beteiligung der Bürger und der garantierte Rechtsstaat erfordern Zeit. Das ist ein Faktum. Es ist oft ein schwerfälliges System, bei dem das Bild des getriebenen Staates aufkommen kann. Politik gerät nicht selten in die Gefahr, der Stimmung und dem Ereignis ein Stück hinterher zu sein und erliegt der Versuchung, der situativen Emotionalität zu folgen. Die Fairness gebietet anzuerkennen, dass die Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise enorme Dimensionen annehmen, für deren Bewältigung das klassische Instrumentarium nicht ausreichte. Da ist es richtig, sorgfältig zu prüfen und erst dann zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen und gegebenenfalls auch, falls notwendig, nachzubessern. Dennoch: die Gesellschaft erwartet Kompetenz, Verantwortung und die überzeugende Erklärung eines Zukunftsweges.

MARKENKERN UND WÄHLERGUNST

Es kommt hinzu, dass in der Politik nicht nur Sacharbeit zählt, sondern eine eigene Währung gilt, die besondere Herausforderungen im politischen Alltag mit sich bringt: Wähler müssen überzeugt und Wahlen gewonnen werden. Globalisierung 3.0, Natur- und Technikkatastrophen, lokale Gewaltkonflikte und anderes mehr machen es schwierig, Politik mittel- und langfristig auszurichten. Dennoch wissen wir, dass weder der Staat noch ein Unternehmen in kurzen Zeitabständen oder im Takt der Legislaturperioden das Ruder herumreißen und den Kurs neu bestimmen können, erst recht nicht im Quartalstakt. Auch die Wähler werden dies mittelfristig weder nachvollziehen noch langfristig honorieren. Dazu ist die offene Darstellung von Sachverhalten mit sich zum Teil widersprechenden Zielen verbunden. Da kann man am Ende nicht moderieren, sondern muss nach Abwägung der Fakten politisch entscheiden und den Bürgern, den Betroffenen dies erklären. Es gehört zur Fairness des wählenden Bürgers, die Dimension dieser Balance zu erkennen und der Politik zu signalisieren, dass man Respekt vor der Lösung dieser Aufgaben hat.

Deutschland muss sich im Rahmen der Globalisierung dem asymmetrischen Wettbewerb mit China sowie Staaten mit struk-

turell anders aufgestellten Ökonomien und Gesellschaften stellen. Die Voraussetzungen für Deutschland mit seiner modernen Industriegesellschaft sind gut. Nach der erfolgreichen Krisenbewältigung schienen die Bedeutung der Industrie für die Gesellschaft und ihre Akzeptanz gestärkt zu sein. Die Atomdebatte hat diese Einschätzung deutlich verändert. So ist der Optimismus, Industrie wieder stärker wertzuschätzen, stark relativiert. Große gesellschaftliche Gruppen pflegen eine kritische Distanz zur industriellen Produktion in Deutschland. Ich bezweifle, dass die Bedeutung der Industrie für Wachstum, Wohlstand und sozialen Frieden in Deutschland so akzeptiert ist, wie es den Fakten nach und zukunftsorientiert angemessen wäre.

So steht das politische System in Deutschland vor erheblichen Herausforderungen. Die Sehnsucht nach mehr Bürgerlobby wie bei „Stuttgart 21“ kann das repräsentative Mehrheitsprinzip stark tangieren. Moderne Infrastrukturen ja, aber bitte nicht im eigenen Vorgarten. Produkte des globalen Marktes gerne, aber keine Risiken für meinen Arbeitsplatz. Erneuerbare Energien, aber keine Grundlastkraftwerke, Netztrassen und höheren Strompreise. Diese Rechnung geht nicht auf. Allgemeinwohl und Zukunftsgestaltung richten sich nicht nach der Addition von Wunschvorstellungen oder Individualinteressen.

KONSENS STATT BELIEBIGKEIT

Politik, Industrie, Gewerkschaften, Kirchen und Medien sind in der Lage, Entwicklungen in unserer demokratischen Kultur mit zu gestalten. Sie können sich für ein neues Konsensmodell in einer Wertegesellschaft einsetzen, wenn sie aus der selbstgewählten Beschränkung auf Krisenbeschreibung und der medialen Überhöhung von Einzelpositionen herausfinden. Erforderlich ist jetzt ein breiter gesellschaftlicher Konsens, der bei der Energie- und Klimapolitik auch das Industrieland Deutschland mit einbezieht. Die Schaffung und die Stabilisierung einer Konsensgesellschaft bedeuten harte Arbeit und das fortlaufend. In Etappen kann das zu Mehrheitsentscheidungen führen. Wobei die Mehrheit nie die Hände in den Schoß legen darf und immer wieder gefordert ist, sich und die Entscheidungen zu rechtfertigen. Sonst wird sie über kurz oder lang selbst zur Minderheit. Es ist das Grundverständnis von Demokratie und Entscheidungen als demokratischer, kreativer und kommunikativer Prozess zugleich. Die Bürgerbeteiligung auch in einer neuen, transparenteren Form kann keine fünfte Gewalt in unserem Staat sein, wenn er nicht auf Dauer unregierbar und nicht veränderbar werden soll. Ein Durchregieren, oder auf der anderen Seite Stimmungspolitik, sind keine angemessenen



„Man muss jetzt endlich Gegensätze und Widersprüche benennen und Lösungen finden.“

Martin Kneer

→

Antworten. Der Bürger will ernst genommen werden, er möchte beteiligt werden, und zwar nicht nur formal, sondern in der Realität seiner individuellen Betroffenheit. Und der Bürger möchte die Konsequenzen politischen Handelns für sich, seinen Arbeitsplatz und die Gesellschaft kennen. „Dem Bürger die Wahrheit sagen“ liest man in diesen Tagen häufiger – zu Recht – denn Transparenz und Offenheit sind gefordert.

DER WEG IN DIE ZUKUNFT GEHT NUR GEMEINSAM

Die Zukunft eines Gemeinwesens liegt in der auf die Realität bezogenen Befriedigung des Allgemeinwohls seiner Bewohner und der stetigen Anpassung an die Erfordernisse der sich verändernden Welt. Das ist Herausforderung und Verpflichtung zugleich für Politik und Gesellschaft.

Im Wunsch nach einem naturnahen, ungestörten Lebensraum und dem Erfordernis nach modernen Infrastrukturen und Technologieoffenheit prallen derzeit Anforderungen aufeinander. Man muss jetzt endlich Gegensätze und Widersprüche benennen und Lösungen finden, statt Konfrontationen und Grabenkämpfe vergangener Tage zu wiederholen oder Konflikte auszuklammern. Es wäre zu einfach, allein von der Politik Lösungen zu erwarten. Akzeptanzprobleme lassen sich nicht planungsrechtlich regeln. Erkenntnis, Einsicht und Kompromiss sind die Etappen, auf denen Zukunftslösungen erreicht werden. Für die Industrie heißt das, sie muss auf alle gesellschaftlichen Kräfte zugehen, um überzeugende und nachhaltige Ergebnisse im er- und aufklärenden Diskurs zu suchen und umzusetzen. „Die Gesellschaft weiß heute immer mehr – das Individuum versteht die Welt jedoch immer weniger.“ Diese Worte beschreiben den kurzen Weg vom Verständnis zum Vertrauensverlust, von der Skepsis zur Verweigerung.

Welche konkreten Probleme müssen aus Sicht der Industrie mit Priorität gelöst werden? Unser Energiesystem durchläuft den stärksten Wandel seit rund 60 Jahren. Bis zur Mitte des laufenden Jahrhunderts soll Strom überwiegend aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen werden. Die neue Art der Stromerzeugung setzt auf eine Vielzahl kleiner Anlagen und eine neue Netzstruktur. Die Energieversorgung wird erheblich flächen- und materialintensiver. Die Industrie braucht Preis- und Versorgungssicherheit. Die Möglichkeiten, witterungsabhängig erzeugten Strom zu speichern, sind wenig entwickelt. Der Umbau des Energiesystems wird derzeit durch Umlagesysteme finanziert. Das 2010 vorgelegte neue Energiekonzept liefert für diese Fragen noch keine umfassende Lösungsplattform. Es muss angepasst werden und die Konsequenzen einer angestoßenen Energiewende berücksichtigen.

Die Exportstärke der deutschen Volkswirtschaft ist eng verbunden mit Innovation und Qualität der Produkte. Beide Faktoren benötigen Werkstoffe, die höchste Anforderungen erfüllen. Leichtigkeit, Leitfähigkeit, Biege- und Zugfestigkeit, Korrosionsbeständigkeit sind Eigenschaften, die durch technologische Innovationen den Rohstoffen erst „hinzugefügt“ werden müssen. Geschlossene Wertschöpfungs- und Innovationsketten benötigen Standorte für Anlagen und gut ausgebildete oder erfahrene Fachkräfte.

Wer für den Weltmarkt produziert, muss diesen auch erreichen können, sowohl für die Vermarktung wie auch für die Versorgung mit Grundstoffen. Infrastrukturen zu Land, zu Wasser und in der Luft sind ein zentraler Erfolgsfaktor im globalen Wettbewerb. Daran fehlt es noch deutlich.

Bei der energieintensiven Industrie in Deutschland fokussieren die verschiedenen Aspekte in besonderer Form und Qualität. Energieintensive Industrien sind starke Stromabnehmer für moderne, effiziente und energieeffiziente Prozesse. Sie unternehmen schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen alle Anstrengungen, energieeffizient zu produzieren und dies immer und immer wieder zu steigern. Wer das nicht umsetzt, geht im Wettbewerb unter. Die Industrie ist klar für Energie- und Ressourceneffizienz, aber nicht mit wettbewerbsverzerrenden Regelungen. Völlig unakzeptabel ist, vorgeblich ökologische Instrumente zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden und staatliche Überregulierung fortzusetzen.

Wer sich für eine ökologische Gesellschaft engagiert, muss heraus aus der undifferenzierten Sympathie hinein in eine Debatte der Balance und Realität. Wer ein Element aus dem aus-

gewogenen Energiemix herauslöst, muss die Frage nach dem gleichwertigen Ersatz beantworten, ohne den die Industrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einbüßt. Eines muss deutlich werden: Es dreht sich kein Windrad, es funktioniert keine Solarzelle, und es fährt kein E-Mobil ohne Metalle. Wir sind keine old economy, sondern Teil der Wertschöpfungskette.

PRODUZIEREN UND KOMMUNIZIEREN

Industrie darf nicht nur gut produzieren, sie muss auch gut kommunizieren. Es war kurze Zeit opportun, Kommunikation den Meinungstrends anzupassen. Vor allem der Klimaschutz schien als Folie für gute Kommunikationsperformance geeignet. Schnell wurden diese Strategien auch der Industrie als Greenwashing entlarvt. Kommunikation über Technik, unternehmerisches Handeln und industriepolitische Glaubwürdigkeit zählen zu den schwierigsten Aufgaben moderner Medien- und Kommunikationsarbeit.

In vielen Unternehmen und Verbänden macht die industriepolitische Kommunikation spürbare Fortschritte. Aber es reicht nicht, dem Motto „Wer schreibt, der bleibt“ zu vertrauen; es muss immer und immer wieder der Dialog gesucht werden. Unternehmerisches Handeln, die Produktion und die Produkte müssen sichtbar und ihr Nutzen verständlich erklärt werden. Das erfordert von der normalen Produktion bis hin zur Betriebserweiterung die Bereitschaft der Unternehmen und Unternehmer zum offenen und kontinuierlichen Dialog in der Gesellschaft. Es reicht für Politik und Wirtschaft nicht mehr aus, sich nur gesetzlich konform in Betriebs- und Genehmigungsverfahren zu verhalten. Der Bürger erhöht nicht nur seine Distanz zur Politik, sondern auch zur Industrie, wenn es nicht gelingt, den Dialog lebendig zu halten. Bemerkenswerterweise sind die Dialogkräfte und die Akzeptanz in den Industriezonen und an den Anlagenstandorten deutlich höher als im Landesdurchschnitt. Wissen, Verantwortung und Nähe tragen also maßgeblich zur Akzeptanz bei.

KOMMUNIKATION – EINE UNTERNEHMERISCHE AUFGABE

Dies formiert sich jedoch nicht im Bypass, sondern nur professionell geplant, vorbereitet und kontinuierlich umgesetzt. Es ist eine Aufgabe der Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Die rasante Entwicklung der neuen Medien einschließlich der social media stellt auch die Industrie und ihre Verbände vor neue Herausforderungen. Die Kommunikation der Verbände wird umso glaubwürdiger und erfolgreicher, je mehr es gelingt, Interessenvertretung und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge

in Einklang zu bringen. Reflexantworten schaden nur und müssen durch transparente und überzeugende Argumentation und Handeln ersetzt werden.

Unerlässlich ist aber auch die Kommunikation gelebter Industriekultur. Die direkte Teilhabe von Politik und Medien an der Industrie vor Ort überzeugt mehr als Zahlen und Stellungnahmen. Die Industrie muss, wie die Initiative „Metalle pro Klima“ zeigt, mit ihren Botschaften in die Regionen hineingehen, „grass-rooting“ betreiben und von dort mit den lokalen Politikern und den eigenen Mitarbeitern als Multiplikatoren und mit den Medien den Wert der Industrie für unsere Gesellschaft erarbeiten.

ÖKOLOGISCHE ERNEUERUNG BEDARF EINER ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGE

Das gilt es gerade heute dezidiert und detailliert zu erklären. Nachhaltigkeit bedeutet daher wirtschaftliche Dynamik, sozialer Zusammenhalt und ökologische Vernunft.

Wenn wir so agieren, werden wir Bürger, die sich bisher dem Dialog verweigern oder nur der schweigenden Mehrheit angehören, zu einem gesellschaftlichen Konsens mitnehmen können. Der Weg zum großen Konsens führt über viele kleine. Machen wir uns gemeinsam und individuell auf den Weg: Industrie 2030 – heute müssen wir die Herausforderungen annehmen und engagiert für unsere Zukunft arbeiten, die endlich herauskommt aus der Eindimensionalität und zum globalen Miteinander von Ökonomie und Ökologie hinführt.

→I



MARTIN KNEER

Hauptgeschäftsführer der
Wirtschaftsvereinigung Metalle